

Medienmitteilung

Thema	Grünliberale fordern Rückweisung der Kulturverträge 2012-2015
Für Rückfragen	Michael Köpflí (Fraktionspräsident): 079 743 30 89
Absender	Grünliberale Partei Stadt Bern, Postfach 6350, 3001 Bern eMail bern@grunliberale.ch , www.bern.grunliberale.ch
Datum	17.08.10

Grünliberale fordern Rückweisung der Kulturverträge 2012-2015 an die Regionalkonferenz

Die Grünliberale Stadtratsfraktion wird die Kulturverträge 2012-2015 unter den Voraussetzungen wie sie die Regionalkonferenz vorschlägt nicht genehmigen. Sie fordert eine markant höhere finanzielle Beteiligung durch die Regionsgemeinden an den Kulturinstitutionen und eine verbindliche Beteiligung der Regionsgemeinden an der Gebäuderenovation des Stadttheaters. Nicht zuletzt zweifeln die Grünliberalen daran, ob mit dem vorliegenden Vorschlag das eigens definierte Ziel, „mit gleichen Mitteln eine höhere Qualität zu erreichen“ realisiert werden kann.

Für die Grünliberalen ist es ein Hohn, wenn die Regionalkonferenz schreibt, dass die Finanzierung weiter nach dem „bewährten Finanzierungsschlüssel“ erfolgen soll. Für die glp ist dieser Finanzierungsschlüssel nicht bewährt, sondern ungerecht, da er jeglichem Verursacherprinzip widerspricht. Die Regionsgemeinden stellen beispielsweise fast 50% der Besucher des Stadttheaters, beteiligen sich aber nur mit 11% an dessen Finanzierung. Insbesondere die unmittelbaren Agglomerationsgemeinden müssen sich in deutlich höherem Ausmass an der Finanzierung beteiligen.

Verbindliches Sanierungskonzept vor der Genehmigung der neuen Leistungsverträge

Die Grünliberalen sind mit der Regionalkonferenz insoweit einig, dass im Zusammenhang mit den neuen Leistungsverträgen zwingend auch die Sanierung besprochen werden muss. Für eine Genehmigung der neuen Verträge reicht es der glp aber nicht, wenn den Gemeinden in der Konsultation der unverbindliche Vorschlag unterbreitet wird, dass sie sich gemäss dem - äusserst fragwürdigen - Finanzierungsschlüssel an den Renovationskosten beteiligen.

Die Grünliberalen werden die neuen Leistungsverträge erst dann genehmigen, wenn diese Beteiligung verbindlich vereinbart ist. Es reicht daher nicht, wenn die Regionsgemeinden wie von der Regionalkonferenz vorschlagen „im Frühjahr 2011 über einen Beitrag entscheiden“. Dies muss vor der Genehmigung der neuen Leistungsverträge durch die Stadt passieren.

Weiter wie bisher

Weiter vermissen die Grünliberalen eine klare Prioritätensetzung mit dem Grundsatz „Qualität vor Quantität“. Im Fall der Museen ist diese überhaupt nicht und im Fall des Stadttheaters nur ansatzweise erkennbar. Mit dem vorliegenden Vorschlag ist es äusserst fragwürdig, wie das eigens definierte Ziel, mit gleichen Mitteln eine höhere Qualität zu erreichen, erreicht werden soll.

Im Fall des Stadttheaters wurde bspw. Cyrill Häring aufgrund dieser Vorgabe mit einem Vorschlag beauftragt. Herr Häring hat in seinem Bericht dann explizit die Streichung der Sparte Tanz vorgeschlagen. Darauf soll nun verzichtet werden und alternativ wird die Einsetzung eines Direktors für die operative Leitung und eine bessere Planung der Produktion vorgeschlagen. Dies begrüssen die Grünliberalen zwar explizit, stellen aber in Frage, ob diese Massnahme in Kombination mit etwas weniger Konzerten und Vorführungen beim Musiktheater tatsächlich für eine markante Qualitätssteigerung mit den bestehenden Mitteln ausreicht.

Unter dem Strich hat man sowohl beim Stadttheater wie auch bei den Museen unpopuläre aber notwendige Entscheide tunlichst vermieden und es ist unter diesen Umständen absehbar, dass bald Forderungen nach höheren Subventionsbeiträgen durch die öffentliche Hand laut werden oder aber, dass die Qualität eben nicht steigt.

Zurück an den Absender

Die Grünliberalen empfehlen dem Stadtrat und den Berner Stimmberechtigten deshalb die neuen Kulturverträge unter diesen Umständen nicht zu genehmigen und mit folgenden Auflagen an die Regionalkonferenz zurückzuweisen:

- Ein neuer Finanzierungsschlüssel für die Kulturinstitutionen, welcher dem Verursacherprinzip mittels einer markant höheren Beteiligung durch die Regions- und insbesondere die direkt an die Stadt Bern angrenzenden Agglomerationsgemeinden gerechter wird.
- Ein konkretes Gebäudesanierungskonzept für das Stadttheater inkl. einer klaren und verbindlichen Finanzierungsstrategie unter Beteiligung der Regionsgemeinden vor Genehmigung der neuen Leistungsverträge durch die Stadt.
- Eine Gesamtstrategie für die subventionierten Kulturinstitutionen welche glaubwürdig darlegt, wie das selbst definierte Ziel, mit gleichen Mitteln eine höhere Qualität zu erreichen, erreicht wird.